

GRÜNE ERFOLGE

im grün-schwarzen Koalitionsvertrag

BADEN-WÜRTTEMBERG GESTALTEN:

VERLÄSSLICH. NACHHALTIG. INNOVATIV.

Die Voraussetzung – solide Finanzen

- Wir werden die Schuldenbremse ab dem Haushaltsjahr 2020 einhalten.
- Für alle finanzwirksamen Maßnahmen gilt ein Haushaltsvorbehalt.
- Wir werden strukturelle Einsparungen in Höhe von rund 1,8 Mrd. Euro in der Endstufe bis 2020 realisieren.
- Wir wollen die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern.

I. Innen & Justiz

Wir stärken den Resozialisierungsgedanken

Durch die Einführung eines Landesresozialisierungsgesetzes bündeln wir bewährte Instrumente wie den Täter-Opfer-Ausgleich, die Bewährungshilfe oder Hilfsangebote im Zuge der Haftentlassung. Die Häuser des Jugendrechts werden wir fortentwickeln. Damit stärken wir den Resozialisierungsgedanken. Denn jeder hat eine zweite Chance im Leben verdient.

Wir schützen die Bürgerrechte im digitalen Zeitalter

Datenschutz und Datensicherheit sind uns wichtig. Die informationelle Selbstbestimmung bleibt für uns ein unverzichtbarer Grundsatz auch im Umgang mit personenbezogenen Daten. Wir werden das Landesdatenschutzgesetz verbessern und den Landesbeauftragten für den Datenschutz stärken. Wir wollen den Datenschutz des analogen Zeitalters ins digitale Zeitalter übersetzen und so die digitalen Bürgerrechte schützen.

Wir stehen für eine bürgernahe Polizei

Eine bürgernahe Polizei ist genauso vielfältig wie unsere Gesellschaft: Wir wollen deshalb mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewinnen und die Kompetenzen im Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt stärken. Das Verhältnis zwischen der Polizei und den Bürgerinnen und Bürgern soll von Vertrauen und gegenseitigem Respekt geprägt sein. Die Einrichtung eines unabhängigen Bürgerbeauftragten ist ein wichtiger Beitrag für eine dialogorientierte Polizeikultur.

Wir leben eine vielfältige Demokratie

Unsere Demokratie braucht heute mehr denn je mündige, engagierte und verantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger. Mit Dialogverfahren und Bürgerbeteiligung stärken wir die Vielfalt der Demokratie. Wir werden das Beteiligungsportal ausbauen, die Online-Petition beim Landtag ermöglichen und ein öffentlich einsehbares Lobbyregister einführen. Denn Transparenz schafft Vertrauen.

Wir übernehmen Verantwortung für Flüchtlinge

Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl. Deshalb übernehmen wir Verantwortung für Flüchtlinge und wollen ihre Aufnahme und Unterbringung bestmöglich gewährleisten. Dabei müssen wir auch dafür Sorge tragen, den Bedürfnissen besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge (z.B. Frauen, Kinder und Jugendliche, LSBTTIQ) gerecht zu werden – zum Beispiel durch gesonderte Unterbringungsmöglichkeiten. Die freiwillige Rückkehr hat weiterhin Vorrang vor der zwangsweisen Rückführung.

II. Bildung

Wir stärken den Resozialisierungsgedanken

Wir stärken die frühkindliche Bildung, bringen die Sprachförderung voran und fördern den landesweit flächendeckenden Ausbau von Kinder- und Familienzentren. Auf den Anfang kommt es an. Deshalb stärken wir die frühkindliche Bildung und bringen insbesondere die Sprachförderung voran. Wir wollen mit einer an klaren Qualitätskriterien ausgerichteten Projektförderung Impulse dafür setzen, dass landesweit ein flächendeckendes Angebot an Kinder- und Familienzentren entsteht. Als zentrale Orte im Sozialraum können sich Kitas zu Kinder- und Familienzentren weiterentwickeln. Sie können familienunterstützende Dienste im Sozialraum bündeln, niedrigschwellig Familienbildung anbieten, in einem Themenspektrum vom Kleinkindalter bis zur selbstbestimmten Pflege Selbsthilfe vernetzen und das Potenzial Ehrenamtlicher erschließen – mit einem Kern an breit aufgestellten Fachkräften.

Wir ermöglichen die Weiterentwicklung und den weiteren Ausbau der Gemeinschaftsschulen

Die Kommunen können weiterhin Anträge auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule stellen. Wir werden den Gemeinschaftsschulen weiterhin die notwendigen Ressourcen für ihre anspruchsvolle Arbeit zur Verfügung stellen und sie bei der qualitativen Weiterentwicklung unterstützen, insbesondere durch spezifische Fortbildungen und die Entwicklung und Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien. Die Gemeinschaftsschulen werden weiter nach ihrem pädagogischen Konzept arbeiten und können – wenn sie die gesetzlich vorgeschriebene Mindestschülerzahl von 60 erreichen – eine Oberstufe einrichten. Dabei werden auch die zugangsberechtigten Schülerinnen und Schüler benachbarter Schulen berücksichtigt.

Wir bauen den Ethikunterricht aus und schaffen durch Qualitätsentwicklung in den Schulen bestmögliche Bildungswege

Die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Bildungseinrichtungen beginnt bereits in den Kitas. Wir wollen eine durchgängige und systematische Beratung der Eltern bis zum Ende der 6. Jahrgangsstufe gewährleisten. Die Wahlfreiheit der Eltern beim Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen bleibt erhalten. Wir werden Fortbildungs- und Beratungsangebote für Lehrkräfte noch gezielter auf die innere Entwicklung der einzelnen Schule ausrichten. Wir werden Lehrkräfte dazu durch eine zentrale Bereitstellung von Unterrichts- und Lernmaterialien unterstützen.

Wir wollen die Bedingungen für die Arbeit der Schulleitungen verbessern und attraktiver gestalten, indem wir ihnen mehr Raum für die innere Entwicklung ihrer Schulen geben, eine Entlastung von Verwaltungsaufgaben erreichen und durch gezielte Fortbildungsformate zur Gewinnung und Qualifizierung zukünftiger Führungskräfte beitragen.

Wir machen unsere Schulen fit für den Sprung ins Digitalzeitalter

Wir werden die Lehrkräfte beim Einsatz der digitalen Technik unterstützen. Dazu bauen wir die Medienbildung für alle Phasen der Lehrerbildung und der Fortbildung aus. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulen mit digitaler Technik ausgestattet werden. Die Informatik werden wir verankern - mit dem „Aufbaukurs Informatik“ in Klasse 7 aller weiterführenden Schulen, mit dem Profulfach „Mathematik, Physik, Informatik“ in den allgemeinbildenden Gymnasien und im erweiterten Niveau der Gemeinschaftsschulen, sowie mit dem Wahlfach „Informatik“ in den Realschulen, Haupt-, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen.

Wir führen eine sichere, landesweit verfügbare digitale Bildungsplattform für alle Schulen ein. Dadurch schaffen wir einen strukturierten Speicherort für Lehr- und Lernmaterialien sowie einen digitalen Lern- und Lehrraum. Wir werden die pädagogisch begleitete Nutzung von E-Learning-Programmen im Unterricht vorantreiben und ihr Potenzial für eine genau auf den einzelnen Schüler abgestimmte individuelle Förderung erschließen. An den beruflichen Schulen verstetigen wir die bestehenden Lernfabriken 4.0 sowie das Tablet-Projekt werden wir verstetigen.

III. Hochschule, Wissenschaft & Kultur

Wir starten eine Digitalisierungsoffensive Wissenschaft

Wir werden eine Digitalisierungsoffensive Wissenschaft starten. So bündeln wir beispielsweise die besonderen Stärken der Universitäten Tübingen und Stuttgart, des Max-Planck-Instituts für Intelligente Systeme und baden-württembergischer Unternehmen in einem Cyber Valley Baden-Württemberg. Dort sollen die Grundlagen dafür gelegt werden, dass Maschinen das Lernen lernen - eine der bedeutendsten Schlüsseltechnologien überhaupt. Gleichzeitig machen wir unsere Hochschulen in Forschung und Lehre fit für das digitale Zeitalter. Die meisten großen Revolutionen der digitalen Welt sind an den Hochschulen entstanden. Auch die nächsten werden aus der Wissenschaft hervorgehen. Wir investieren, damit an unseren wissenschaftlichen Einrichtungen die Ideen entstehen, die wir benötigen, um die Mobilität und die Medizin von morgen zu entwickeln.

Baden-Württemberg bleibt an der Forschungsspitze

Wir sind davon überzeugt, dass wir in der Wissenschaft Spitze sein müssen, wenn unser Land lebenswert und wirtschaftlich stark bleiben soll. Bundesweit startet mit einer neuen Runde der Exzellenzinitiative das Rennen darum, wo künftig die besten Universitäten zu finden sind. Damit Baden-Württemberg an der Spitze bleibt, haben wir verabredet, unsere Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen dabei zu unterstützen, im Wettbewerb um die Forschungsmittel und um die klügsten Köpfe erfolgreich zu sein. Darüber hinaus werden wir auch bei der kommenden Exzellenzinitiative den Landesanteil finanzieren und den Universitäten helfen, bewährte Projekte zu verstetigen.

Wir stärken die Lehre an unseren Hochschulen

Wir wissen, dass Bildung dazu dienen soll, Persönlichkeiten zur Entfaltung zu bringen, die neue Wege gehen. In Zukunft werden kreative Köpfe gebraucht, die in der Lage sind, eine sich rasch wandelnde, interkulturell geprägte und zunehmend komplexe Welt zu gestalten. Wir setzen daher in der kommenden Legislaturperiode einen Schwerpunkt auf die Qualität der Lehre an unseren Hochschulen. Dabei nutzen wir konsequent die Chancen, die sich aus digitalen Lehr- und Lerninstrumenten ergeben. Besonderes Augenmerk legen wir auf den gelingenden Start ins Studium und auf Studienbedingungen, die den Studierenden Freiräume eröffnen. Und wir wollen Gründerkultur bereits im Studium verankern. Dazu fördern wir unsere Hochschulen mit einem Wettbewerb dabei, eigene, innovative Lehrformate zu entwickeln.

Kunst und Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Ohne Kunst und Kultur gibt es keinen gesellschaftlicher Zusammenhalt. Grüne und CDU wissen, dass Kunsteinrichtungen der Spitzenklasse genauso lebendige Orte der Bürgergesellschaft sind wie die vielfältigen Kulturinstitutionen im ganzen Land, die auch von einem breiten ehrenamtlich getragenen Engagement im Amateurbereich geprägt sind. Wir werden die dringend notwendigen Sanierungen unserer Staatstheater vorantreiben und unsere Kulturlandschaft in ihrer ganzen Vielfalt fördern.

IV. Verkehr

Mobilität der Zukunft - nachhaltig und modern

Als Richtschnur für die kommenden fünf Jahre wurde das Leitbild einer nachhaltigen und modernen Verkehrspolitik vereinbart, die dem Ziel folgt, dass endlich auch der Verkehrssektor seinen Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaschutzziele leisten muss. Es wurde eine ÖPNV-Offensive vereinbart, Güter sollen verstärkt auf Schiene verlagert, der Luftverkehr verträglicher werden. Baden-Württemberg soll eine führende Rolle beim Ausbau der Elektromobilität einnehmen. Bis zur Mitte des Jahrhunderts soll der Verkehr weitgehend auf erneuerbare Energien umgestellt sein. Die Digitalisierung im Verkehr wollen wir vorantreiben, um so die ökonomische und ökologische Effizienz des Verkehrssystems zu steigern. Die verankerten Ziele bieten eine hervorragende Grundlage für eine engagierte Verkehrspolitik im Sinn der Nachhaltigkeit.

Straßenbau: nachhaltig investieren

Wir haben eine Infrastrukturoffensive vereinbart, um die in den vergangenen Jahrzehnten auf Verschleiß gefahrene Verkehrsinfrastruktur zu modernisieren und den Sanierungsstau abzubauen. Dafür wollen wir im Bereich der Landesstraßen die in den vergangenen Jahren gestärkten Erhaltungsmittel für Straßen und Brücken über fünf Jahre verstetigen. Der klare Schwerpunkt auf Erhalt und Sanierung des Netzes vor Neubau und Ausbau wird damit fortgesetzt. Wir haben vereinbart, dass die Reihung der zu realisierenden Neubaumaßnahmen auch weiterhin nach fachlich und sachlich nachvollziehbaren und transparenten Kriterien erfolgt, wie sie in den vergangenen Jahren eingeführt wurden.

ÖPNV-Offensive für ganz Baden-Württemberg

Im Rahmen einer nachhaltigen Verkehrspolitik wollen wir die Fahrgastzahlen des öffentlichen Verkehrs deutlich erhöhen und haben dazu eine Zukunftsoffensive für Bahnen und Busse vereinbart. Dazu zählt der Ausbau der Infrastruktur, eine Elektrifizierungsoffensive und der Umsetzung der wichtigen S-Bahn-Systeme in weiteren Räumen im Land. Ziel ist ein verlässliches Gesamtsystem im ganzen Land: Bis zum Jahr 2025 soll es ein landesweites verlässliches Grundangebot mit Bahnen, Bussen und Rufbussen von frühmorgens bis spätabends im Stundentakt geben. Das Land wird dies für seinen Zuständigkeitsbereich bei Zügen und durch die Förderung von bis zu 50 großräumigen Regiobuslinien umsetzen. Das Land wird bei den Kommunen für diese Ziele werben und dazu eigene Finanzmittel in eine zukunfts feste Finanzierung des kommunalen ÖPNV investieren.

Stärkung des Radverkehrs

Wir haben vereinbart, die begonnene erfolgreiche Förderung des Radverkehrs im Alltags- und Freizeitverkehr fortzusetzen und wollen Baden-Württemberg noch fahrradfreundlicher machen. Die in vergangenen Jahren mit einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitete ambitionierte Radstrategie Baden-Württemberg dient dabei als Grundlage. In diesem Zuge werden wir im Rahmen der Infrastrukturoffensive auch die Mittel für Radwege an Landesstraßen aufstocken. Um die rasante Verbreitung von E-Bikes und Pedelecs zu nutzen, werden wir die Konzeption und Umsetzung von Radschnellwegen mit einem Sonderprogramm unterstützen.

Stuttgart 21

Die Volksabstimmung im Jahr 2011 hat die Haltung des Landes zu Stuttgart 21 festgelegt. Für beide Partner ist unstrittig, dass wir auf dieser Basis die planmäßige und zügige Umsetzung des Projekts unterstützen. Angesichts der inzwischen eingetretenen Kostenexplosion des Projekts haben wir ausdrücklich festgehalten, dass das Land klar am Ziel festhält, dass über die im Finanzierungsvertrag genannten Kostenanteile in Höhe von 930 Millionen Euro hinaus von Seiten des Landes keine Zahlungen zu leisten sind.

V. Umwelt, Klimaschutz & Energie

Vorreiter beim Klimaschutz

Das Klimaschutzabkommen der Vereinten Nationen vom Dezember 2015 stellt mit seiner Zielsetzung, den Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad, besser noch auf 1,5 Grad zu begrenzen, die Weichen für den Umstieg in eine klimafreundliche Wirtschaft und Gesellschaft. Baden-Württemberg wird hier auch weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen. Dazu werden wir: Uns unter anderem für einen verbindlichen bundesweiten Kohleausstieg bis zur Mitte des Jahrhunderts einsetzen - Uns beim Bund und auf EU-Ebene für eine ambitionierte Umsetzung des Paris-Abkommens einsetzen und im Klimaschutzgesetz Ziele für das Jahr 2030 verankern - Das Förderprogramm KlimaschutzPlus mit dem Ziel einer ganzjährigen Verstetigung aufstocken.

Nummer eins in Europa bei Ressourceneffizienz

Wir wollen zum europaweiten Vorreiter beim ressourceneffizienten Wirtschaften werden. Ressourceneffizienz verbindet umweltpolitische Ziele mit wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen und sichert deren Wettbewerbsfähigkeit. Dazu werden wir: Die mit der Wirtschaft gemeinsam entwickelte Landesstrategie Ressourceneffizienz umsetzen - Gemeinsam mit der Wirtschaft einen Think Tank Ressourcenpolitik ausbauen - Die Umsetzung des Leitbilds der Ultraeffizienzfabrik vorantreiben.

Solaroffensive Baden-Württemberg

Solarstrom vom eigenen Dach ist heute erheblich günstiger als Strom aus dem Netz. Angesichts dessen wollen wir eine Solaroffensive starten, um die Potenziale der Solarenergie in unserem Land noch besser auszuschöpfen. Dazu werden wir: Ein Programm entwickeln, das es auch Mietern ermöglicht, von kostengünstigem Solarstrom zu profitieren - Die Voraussetzungen für Freiflächen-Photovoltaik verbessern - Mit einer Solaroffensive für die Potenziale der Solarenergie werben - Projekte großer Solarthermie in Verbindung mit Wärmenetzen unterstützen.

Energieeffizienz als wichtiger Pfeiler der Energiewende

Der Wärmesektor macht fast die Hälfte unseres Energieverbrauchs aus. Deswegen wollen wir die Energieeffizienz in kleinen und mittelständischen Unternehmen, im Neubausektor, insbesondere aber im Gebäudebestand weiter voranbringen und die Sanierungsquote im Land anheben. Dazu werden wir: Ein Förderprogramm zur energetischen Sanierung im Gebäudebereich auflegen - Die Sanierung der Landesliegenschaften (u.a. mit Contracting) weiter vorantreiben - Den Ausbau von Wärmenetzen voranbringen.

Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist nicht nur Selbstzweck und eine Verpflichtung den nachfolgenden Generationen gegenüber, sondern dient auch der Gesundheit der Menschen im Lande. Daher werden wir: Uns beim Bund für ein weitgehendes Frackingverbot einsetzen - Eine Spurenstoffstrategie entwickeln, die die Gewässerbelastung mit Spurenstoffen und Mikroplastik in den Fokus nimmt - Uns für eine Verbesserung der Luftqualität einsetzen.

VI. Ländlicher Raum

Starke Strukturpolitik für starke ländliche Räume

Die starken ländlichen Räume in Baden-Württemberg wollen wir erhalten und noch weiter unterstützen. Wir werden dazu die nachhaltige Förderpolitik fortsetzen und mit einer aktiven und vorausschauenden Wirtschafts- und Strukturpolitik ergänzen können. Die Gemeinden im Ländlichen Raum werden wir mit dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) stärker unterstützen, um die Grundversorgung vor Ort sicherzustellen, ein attraktives Wohnumfeld zu erhalten, Arbeitsplätze zu schaffen und Gemeinschaftseinrichtungen aufzubauen. Wir werden die durch demografische Entwicklung besonders betroffene Gemeinden finanziell und strukturell unterstützt werden.

Agrarmusterlände mit Bio-Muster-Regionen

Den erfolgreichen Kurs der grünen Landwirtschaftspolitik werden wir fortsetzen. Wir unterstützen die bäuerlichen Kleinbetriebe durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und durch stärkere Vergütung von öffentlichen Leistungen zum Schutz der Umwelt, der Natur und der Landschaft. Dazu werden wir zusätzliche 35 Millionen Euro in Agrarumweltmaßnahmen und Landschaftspflege investieren und Steillagenweinbau und ökologisch wertvolle Streuobstwiesen stärker unterstützen. Wir werden im Land Bio-Muster-Regionen einführen, um die steigende Nachfrage nach regionalen Ökoprodukten mit dem Angebot der heimischen Akteure noch besser zusammen zu bringen.

Naturschutz steht weiter im Zentrum unserer Politik

Der Schutz unserer Natur wird weiterhin ein Schwerpunkt grüner Politik sein. Wir werden daher gemeinsam die Naturschutzstrategie fortsetzen und die dafür zur Verfügung stehenden Mittel von 60 Millionen Euro schrittweise auf 90 Millionen Euro jährlich erhöhen. Die Koalitionsparteien bekennen sich zum Nationalpark Schwarzwald. Wir werden ihn ebenso wie die beiden Biosphärengebiete und anderen Schutzgebiete weiterentwickeln und voran bringen.

Engagierten Verbraucherschutz voranbringen

Wir setzen uns für Verbraucherinnen und Verbraucher und ihre Rechte ein. Wir werden die Arbeit der Verbraucherzentrale stärken und werden uns als Land weiterhin streitbar in Bund und der EU dafür einsetzen, dass durch Transparenz und echte Wahlfreiheit die Verbraucherinnen und Verbraucher auf Augenhöhe mit den Unternehmen am Markt teilnehmen. Schwerpunkte unserer Verbraucherschutzpolitik werden Verbraucherberatung und Verbraucherinformation zu Finanzprodukten und Verbraucherschutz im Internet sein.

VII. Wirtschaft, Digitalisierung, Wohnungsbau

Soziale und ökologische Wirtschaft als Wertekonsens

Wir wollen unser politisches Handeln am Wertkonsens einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft orientieren. Wir werben für diesen Wertkonsens auch bei den Unternehmen des Landes. Für uns ist der Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit ein zentraler Treiber für die Prosperität von morgen. Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch werden wir voneinander entkoppeln. Wir stärken die berufliche Integration von Flüchtlingen. Die Menschen, die zu uns kommen, können helfen, den durch die demographische Entwicklung verstärkten Fachkräftebedarf zu decken. Wir bauen den Technologietransfer zwischen Forschung und Wissenschaft und insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen aus.

Schlüsselinfrastruktur Breitband ausbauen - Voraussetzungen für erfolgreiche Wirtschaft 4.0

Wir werden den flächendeckenden Ausbau der Breitbandverkabelung vorantreiben und die Förderung deutlich erhöhen, um die flächendeckende Verfügbarkeit von Bandbreiten ab 50 Mbit/s im ganzen Land zügig voranzutreiben. Baden-Württemberg machen wir zum Vorreiter für E-Government und nutzen die Potenziale der Digitalisierung für den Bürokratieabbau. Wir vernetzen die Allianz Industrie 4.0 mit anderen Branchen und mit Startups und entwickeln sie dadurch zu einer Allianz Wirtschaft 4.0 weiter. In Aus- und Weiterbildung werden wir den Menschen in enger Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Gewerkschaften die Grundlagen einer zunehmend digitalen Wirtschaft vermitteln.

Nachhaltigkeitsmotor Digitalisierung

Wir werden die Potenziale der Digitalisierung dazu nutzen, die ökologische Modernisierung der Wirtschaft voranzutreiben. In der Produktion wollen wir mit dem Leitbild der „Ultraeffizienzfabrik“ Maßstäbe setzen. Bei der Energiewende streben wir an, Strom, Wärme und Mobilität mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnologien zu einem sinnvollen Ganzen zu verbinden. Bei der Implementierung von Smart-Grid und Smart-Metering-Technologien wollen wir in Europa Technologieführer werden. Auch die Mobilität werden wir mit Hilfe der Digitalisierung intelligenter und nachhaltiger machen. Gemeinsam mit der e-mobil BW werden wir in einem Leistungs- und Transferzentrum die Elektromobilität im Land stärken. Die Automobilindustrie werden wir auf ihrem Weg in das Zeitalter der Digitalisierung unterstützen. Mit Hilfe von intelligenten Verkehrsmanagementsystemen, intermodalen Mobilitätslösungen wie die digitale Mobilitätsplattform und intelligenter Verkehrslenkung werden wir die ökonomische und ökologische Effizienz des Verkehrssystems steigern und die Verkehrssicherheit verbessern.

Wir machen Baden-Württemberg zur dynamischsten Gründerregion Europas

Wir wollen Baden-Württemberg zum Magneten für kreative Menschen machen und die Risikobereitschaft fördern. In einem Gründungsnetzwerk BW werden wir Gründer mit Investoren, der Wissenschaft und etablierten Unternehmen vernetzen. Wir stoßen Pilotprojekte, Innovationslabore und Demonstrationsvorhaben an, die als Plattform vorhandenes Investitionskapital und junge Ideen zusammenbringen und stärken damit die Innovationspartnerschaft von Start-Ups und Mittelstand. Wir stärken die Gründungsfinanzierung und wollen stärker privates Finanzierungskapital einbeziehen. Die Gründerkultur an Schulen und Hochschulen werden wir stärken und Ausgründungen aus Universitäten besser fördern. Wir wollen die Entwicklung von zentralen One-Stop-Shops für Unternehmensgründerinnen und -gründer begleiten.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen und Baukultur stärken

Der Aufbruch für mehr bezahlbaren Wohnraum ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller am Wohnungsbau beteiligten Partner. Daher werden wir in einer Wohnraum Allianz gemeinsame Leitlinien für die verstärkte Schaffung von Wohnraum erarbeiten. Wir stärken die Landeswohnraumförderung mit 250 Millionen Euro Fördervolumen und wollen es neuen und kleineren Akteuren wie Genossenschaften, Baugruppen (Gemeinschaftsvorhaben von Eigentümern) und gemeinnützig orientierten privaten Investoren erleichtern, die Angebote der Landeswohnraumförderung zu nutzen. Wir verzahnen die Landeswohnraumförderung und das Wohnraumprogramm für Flüchtlinge und schaffen so mehr Wohnraum für alle Bevölkerungsteile. Die Landesinitiative Baukultur führen wir fort. Mit der Städtebauförderung unterstützen wir unsere Städte und Gemeinden auf ihrem Weg zur Sozialen Stadt und bei der gesellschaftspolitischen Ausgestaltung des Wohnumfeldes.

VIII. Soziales

Wir bauen auf starke Familien

In Familien wird Mitmenschlichkeit, Zuneigung und Verantwortung füreinander gelebt – unabhängig von der konkreten Form des Zusammenlebens. Unseren Respekt und unsere Anerkennung verdienen deshalb alle Familienmodelle, in denen Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Wir setzen Rahmenbedingungen, die alle Familien stark machen. Deshalb werden wir die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf weiter verbessern, Kitas zu Kinder- und Familienzentren weiterentwickeln und Ganztagschulen ausbauen.

Wir stellen Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt

Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen ermöglichen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Dabei hat die Kinder- und Jugendarbeit für uns einen hohen Stellenwert. Deshalb werden wir den Zukunftsplan Jugend im Dialog weiterentwickeln und verlässliche Rahmenbedingungen und eine angemessene Finanzierung für die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sicherstellen.

Wir kümmern uns um Gesundheit und Pflege

Alle Menschen sollen einen gleichberechtigten Zugang zu einer bedarfsorientierten und wohnortnahen Gesundheitsversorgung haben. Wir wollen, dass gesundheitliche Versorgung umfassend, sektorenübergreifend und innovativ ist. Auch die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Pflege ist unser Ziel. Wir werden die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission Pflege umsetzen und uns für neue Quartierskonzepte und neue Formen des Wohnens einsetzen. So verwirklichen wir Selbstbestimmung und Teilhabe.

Wir wollen gleiche Chancen für alle schaffen

Wir arbeiten gemeinsam daran, dass Baden-Württemberg gleiche Chancen und gleiche Rechte für alle bietet. Wir werden eine Inklusions- und Teilhabestrategie für Baden-Württemberg auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeiten. Außerdem schaffen wir gleiche Chancen für Frauen und Männer – in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Für Ausgrenzung und Diskriminierung ist in unserem modernen und weltoffenen Land kein Platz. Wir werden deshalb eine Antidiskriminierungsstelle einrichten und das respektvolle Miteinander fördern und den sozialen Zusammenhalt stärken.

Wir machen gute Arbeit für Baden-Württemberg

Wir wollen Baden-Württemberg im Dialog mit Gewerkschaften und Arbeitgebern zu einem Musterland für gute Arbeit entwickeln. Wir stehen zu tariflich entlohnter Arbeit und zur Tariftreue und wenden uns gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Wir setzen uns dafür ein, dass für Frauen gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit selbstverständlich wird. Alle brauchen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb werden wir das Landesarbeitsmarktprogramm und das Modellprojekt zum Passiv-Aktiv-Tausch fortführen. Die digitale Arbeitswelt wollen wir verantwortlich gestalten und den Arbeitsschutz nachhaltig stärken.

IX. Integration & Europa

Klares Bekenntnis zu Europa

Baden-Württemberg wird seine Rolle als Motor der europäischen Integration für die institutionelle Weiterentwicklung der EU weiterhin ausfüllen und sich bei entsprechenden Initiativen einbringen. Leitbild unserer Europapolitik ist der Einsatz für die gemeinsamen Werte des Friedens, der Freiheit, der Solidarität, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Subsidiarität.

Bekämpfung von Fluchtursachen durch Stärkung der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit

Auslandsprojekte wollen wir bedarfsgerecht ausstatten. Die Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit wird auf einer verlässlichen Grundlage fortgeführt. Wir werden die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg in ihren Initiativen zur Vertiefung der Entwicklungszusammenarbeit im Inland mit den Partnerländern und zur Förderung des Fairen Handels nachhaltig unterstützen und die Arbeitsfähigkeit der Stiftung sicherstellen. Wir werden die Partnerschaft mit Burundi vertiefen.

Wir sorgen für gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem wir Flüchtlinge zeitnah integrieren - über Sprache, Bildung und Arbeit

Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Dafür brauchen wir einen einfachen Zugang zu Kursen und spezifische Angebote. Das Landesprogramm „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“ werden wir bedarfsgerecht ausstatten und inhaltlich weiterentwickeln. Wir streben eine zügige Aufnahme von Flüchtlingskindern in Kitas oder Schulen an, möglichst bereits nach vier Wochen in der Anschlussunterbringung. Dazu wollen wir ausreichende Kapazitäten schaffen.

Die Versorgung mit Vorbereitungsklassen (VKL) und dem Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf (VABO) gestalten wir bedarfsdeckend, wir werden die Lehrkräfte entsprechend qualifizieren. Ziel bleibt ein zügiger Übergang in die Regelklassen. Wir wollen den Zugang zu beruflichen Schulen über die bestehende Altersgrenze hinaus ermöglichen.

Wir streben einen Ausbildungs- und Arbeitspakt mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften zur Integration von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive an. Um den Ausbildungsbetrieben Verlässlichkeit und Rechtssicherheit zu bieten, setzen wir uns dafür ein, dass der/die Auszubildende eine Duldung für die Dauer der Ausbildung erhält. Nach Abschluss soll der/die Geduldete eine weitere Duldung für bis zu sechs Monaten zur Arbeitsplatzsuche erhalten, sofern er/sie nicht im Betrieb verbleibt. Für eine anschließende Beschäftigung soll ein Aufenthaltsrecht der Beschäftigung entsprechend für zwei Jahre erteilt werden.

Um die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen zu erleichtern, wollen wir die Standards und Verfahren überprüfen und den Struktur- und Personalbedarf ermitteln.